

Die große Hoffnung

TRANSPARENZ Mehr Demokratie, mehr Innovation – das sind die großen Versprechen von Open Data. In Deutschland werden staatliche Daten nur Schritt für Schritt weitergegeben, weil eine zentrale Gesetzesgrundlage fehlt

Das Versprechen von Open Data ist groß: Wenn der Staat Daten und Informationen für alle Beteiligten leichter verfügbar macht, wird politisches Handeln nicht nur demokratischer, sondern auch effizienter. Unternehmen können die Daten für neue Geschäftsmodelle verwenden, womit der Staat mit seinen Daten erheblich zur Entwicklung der Digitalwirtschaft beitragen kann. Es geht dabei nicht mehr um eine exklusive Vermarktung der Daten, sondern um eine Verwertung frei verfügbarer Daten durch verschiedene Analysen, die von einem möglichst großen, verlinkbaren Datenbestand profitieren. Dass mit Open Data verschiedene Ziele erreicht werden können, zeigte eine Analyse der Weltbank bereits 2003 anhand eines Index für Transparenz und für Informationszugang: Regierungshandeln wird besser, wenn diese beiden Faktoren positiv sind. Und ein besseres Regierungshandeln geht wiederum mit einem höheren Wirtschaftswachstum einher. Das Gutachten „Open for Business“, das 2014 im Rahmen des G20-Treffens veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluss, dass Open Data das Wirtschaftswachstum in den G-10-Staaten um 1,1 Prozent über einen Zeitraum von fünf Jahren steigern könnte. Am erfolgreichsten sind derzeit Unternehmen, die Analyse-Dienstleistungen für verschiedene Industriebranchen anbieten. Sie kombinieren frei verfügbare Daten mit selbst erstellten Informationen. Die häufigsten Geschäftsmodelle sind Bezahlmodelle mit einer Dienstleistung, wie sie etwa die Climate Corporation anbietet. Das US-Unternehmen nutzt staatliche Wetter- und Satellitendaten, mit denen das Wachstum von Ackerpflanzen modelliert werden kann. Historische Daten wie Wetter, Boden und Pflanzenertrag werden mit aktuellen Wettermodellen kombiniert, um Prognosen für Pflanzen auf einzelnen Feldern erstellen zu können. Das Unternehmen wurde vor einiger Zeit von Monsanto für über eine Milliarde Dollar übernommen.

„Open Data“ in Deutschland kommt bislang nicht so richtig voran. In ihrer im Dezember präsentierten Umfrage unter 134 Ländern stellte die britische „Open Knowledge Foundation“ fest, dass Deutschland im Kreis der Industrieländer im „Global Open Data Index“ deutlich vom Vorjahresplatz 9 auf Platz 26 zurückfiel. In keiner der 13 Kategorien konnte sich Deutschland verbessern, hingegen wurde es in den Bereichen Gesetzgebung und Unternehmensregister schlechter eingestuft. Der „Open Data Index“ ist recht streng: Positiv wird bewertet, wenn Daten online und kostenfrei verfügbar sind und überdies regelmäßig aktualisiert werden. Punkten können die Länder außerdem mit offenen Lizenzen, Maschinenlesbarkeit und großen



Hamburg gilt mit seinem Transparenzgesetz als bundesweiter Vorreiter in Sachen Open Data.

© Stephan Roters

Ohne gesetzliche Grundlage sehen Behörden keinen Handlungsbedarf.

zusammenhängenden Datenmengen. Wegen letzterem schnitt Deutschland in diesem Jahr bei den Daten zu Wahlergebnissen schlechter ab, weil etwa Daten auf der Ebene von Wahlstationen nicht verfügbar sind, sondern nur an Orten mit über 100.000 Personen. Während Spitzenreiter Großbritannien für sein Open-Data-Portal bereits 25.000 Datensätze frei gegeben hat, sind es in Deutschland nur rund 15.000. Darunter sind knapp 3.000 Datensätze, die nur eingeschränkt verwendet werden dürfen. Es fehlen wichtige Daten wie beispielsweise zu staatlichen Ausschreibungen und Vergaben sowie Wirtschaftsdaten wie etwa das Handelsregister und Geodaten. Die Anzahl der verwendeten Lizenzen bezeichnet die Open Knowledge Foundation als „unüberschaubar“, immerhin ein Viertel sei nicht offen.

Ziele im Koalitionsvertrag Die Bundesregierung will Open Data Schritt für Schritt umsetzen. Bisher hat sie das Thema mit dem weiten Blick auf „Open Government“ im Bundesinnenministerium verankert. Dort werden aber derzeit die relevanten 1,5 Personalstellen abgebaut. Auf eine parlamentarische Nachfrage der grünen Bundestagsfraktion teilte das Ministerium mit, dass ein Beitritt zum weltweiten Bündnis

„Open Government Partnership“ lediglich „geplant“ sei, obgleich dieser im Koalitionsvertrag bereits beschlossene Sache war. In diesem Zusammenschluss von mehr als 60 Staaten sollen mit Hilfe von Open Data verschiedene Ziele erreicht werden, wie etwa eine größere politische Offenheit durch Transparenz und eine bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Im Koalitionsvertrag wurde eine gesetzliche Grundlage angekündigt, um Verwaltungsbehörden die Veröffentlichung von Daten zu erleichtern. Zwar gibt es inzwischen einige Gesetze mit Open-Data-Bezug, doch ein zentrales Dateninfrastrukturgesetz wurde noch nicht geschaffen. Jörn von Lucke, Professor an der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen und Leiter des Open Government Institute, betont: „Wenn wir uns an den Aufbau einer Dateninfrastruktur machen, brauchen wir auch Gesetze, auf deren Grundlage Geld und Personal bereitgestellt werden können.“ Sonst sähen die Behörden keine Notwendigkeit zu handeln, sagt von Lucke. Einblick in die Skepsis der Verwaltung gibt Göttrik Wewer, E-Government-Lobbyist bei der Deutschen Post und ehemaliger Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Zur US-Initiative „Open Government Partnership“ schrieb er, dass Deutschland seinen Beitritt „sorgfältig“ abwägen sollte, da damit eine „neue staatliche Daueraufgabe mit einem erheblichen Koordinierungsaufwand“ entstünde. Die Regierung würde „zur Getriebenen von Aktivisten, ohne dass wesentliche Fortschritte für Good Govern-

ance“ zu erwarten seien. Strategisch diene die Initiative der USA dazu, „autoritäre Regime durch eine offizielle Partnerschaft und durch die Aktivierung der Zivilgesellschaft ‚von oben‘ und ‚von unten‘ gleichsam in die Zange zu nehmen.“ **Innovative Sicht** Hamburg gilt mit seinem Transparenzgesetz als bundesweiter Vorreiter. Das bisherige Open-Data-Portal der Stadt ist inzwischen im Transparenzportal aufgegangen. Die Stadt will den Umgang mit Open Data in der öffentlichen Verwaltung fördern. So wird derzeit geprüft, welche weiteren Daten veröffentlicht werden können. Live-Daten gibt es auch bereits, wie etwa Parkplatzbelegungsdaten und die jeweils größten 50 Baustellen. Auch wurde die technische Infrastruktur so gestaltet, dass Verwaltungsmitarbeiter praktisch per Klick entscheiden können, ob und wie sie Daten der Behörde veröffentlichen. Die zur Veröffentlichung verpflichteten Unternehmen haben aber bisher nur „verhältnismäßig wenige Unterlagen“ veröffentlicht, berichtet der Hamburger Informationsfreiheitsbeauftragte Johannes Caspar. Für von Lucke ist klar, dass es eine innovative Sicht auf Open Data braucht: „Wir müssen aus staatlicher Sicht eine Geschäftsfeldentwicklung vornehmen.“ Vor-

bildlich sei Großbritannien, das 2012 ein „Open Data Institute“ (ODI) mit 10 Millionen Pfund Wirtschaftsförderung eingerichtet hat, da es Open Data als wichtigen Motor der Digitalwirtschaft begreift. Mit seinem Inkubator fördert das Institut datengetriebene Startups. In Wien wurde in diesem Jahr mit dem „ODI Node Vienna“ ein Ableger gegründet, der über die Vernetzung mit weiteren „Nodes“ und Initiativen das „Open-Data-Ökosystem“ weiter aufbauen soll. Alexander Dobrindt (CSU), Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, stellt jetzt im Rahmen eines „Modernitätsfonds“ 100 Millionen Euro Fördergelder für „digitale Innovationen“ bereit. Erst im November organisierte er mit dem „BMVI Data-Run“ den ersten staatlichen Hackday zu Mobilitätsdaten, dessen Gewinner aus dem Fonds eine Förderung erhielt. Dies wertete von Lucke als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Letztlich müsse der Staat aber die Frage beantworten: „Wie stellen wir sicher, dass datengetriebene Innovation auch in Deutschland eine Chance hat? Wir dürfen uns von dieser Entwicklung nicht abkoppeln.“

Christiane Schulzki-Haddouti

Die Autorin arbeitet seit 1996 als IT- und Medienjournalistin.

Hamburg hat mit seinem Transparenzgesetz bundesweit eine Vorreiterrolle.

Gescheitert an inneren Widersprüchen

PIRATENPARTEI Den Anspruch, mit Hilfe des Internets und direkter Demokratie eine andere Politik zu machen, konnte die neue Partei nicht umsetzen

Was ist der Unterschied zwischen der Vorratsdatenspeicherung und der Piratenpartei? Während der ewige Zombie der Netzpolitik wieder fröhliche Auferstehung feiert, kommt einer ihrer schärfsten Gegner nicht mehr aus dem Keller der Umfragen heraus. Ob Netzneutralität, Datenschutzverordnung, Urheberrecht, Massenüberwachung: Wenn es Julia Reda nicht mit Ach und Krach ins Europaparlament geschafft hätte, gäbe es derzeit keine einzige wahrnehmbare Stimme aus der Piratenpartei in netzpolitischen Debatten. In Deutschland genauso wenig wie in Europa. Kein Wunder, dass Medien und Politikexperten die Partei inzwischen abgeschrieben haben. Der Namensgeber, der schwedische Pirate-Bay-Gründer Peter Sunde, bedauerte im April 2015, dass die Internet-Themen in Form einer politischen Partei vertreten würden. „Geh in andere Parteien und bring ihnen die naheliegenden Themen bei“, forderte er die Mitglieder auf. Sogar die früheren Parteivorsitzenden Bernd Schlömer und Sebastian Nerz leisteten dem inzwischen Folge und traten im vergangenen Oktober in die FDP ein. Musste es in den vier Jahren seit dem 18. September 2011 so weit kommen? Damals waren die Piraten mit einem fulminanten Erfolg (8,9 Prozent) ins Berliner

Abgeordnetenhaus gezogen und mischten gut ein Jahr lang den deutschen Politikbetrieb auf. Innerhalb von zwölf Monaten verdreifachte sich fast die Zahl der registrierten Mitglieder bundesweit auf rund 34.000. Derzeit liegt sie wieder bei etwa 17.000, wobei nur jeder dritte stimmberechtigt ist, weil er seine Mitgliedsbeiträge überweist. Für eine angebliche Mitmachpartei ist das sehr wenig. Dazu hatte nun offenbar auch der Fraktionschef der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus keine Lust mehr und trat im Dezember 2015 aus der Partei aus. **Plötzlich Protestpartei** Der Niedergang war von Anfang an im Aufstieg angelegt. Aus der Nischenpartei mit dem Kernthema Netzpolitik war über Nacht eine Protest- und Nichtwählerpartei geworden. Dass diese Klientel nicht bei der Stange gehalten werden konnte, lag im Konzept der Partei selbst begründet. Sie warb mit dem Charme des Dilettantischen, Direkten und Undisziplinierten. Doch genau das war es, was viele Bürger wieder hatte auf Distanz gehen lassen. Politologen schätzten die internetaffine Kernwählerschaft der Piraten nie höher als 2,0 bis 2,5 Prozent ein. Bei dem Versuch, sich inhaltlich breiter aufzustellen, zerfleischten sich die ver-

schiedenen Flügel gegenseitig. Es ist klar, dass Piraten gegen Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrn, Leistungsschutzrecht, Überwachung und für Netzneutralität sind. Aber wenn es beispielsweise um Wirtschaftspolitik ging, fanden auf Massenparteitagen mit 2.000 Mitgliedern wie 2012 in Bochum selbst allgemein gehaltene Positionen keine Mehrheit. Die Piraten scheiterten an ihrem Anspruch, mit Hilfe des Internets und direkter Demokratie eine andere, gar bessere Politik zu machen. Im Gegenteil: Das Netz mit seinen Twitter-Stürmen und öffentlichen Pöbeleien verhinderte sogar, dass sich konstruktive Diskussionskultur etablieren konnte. Der Versuch, über das Internet eine „ständige Mitgliederversammlung“ einzurichten, ist bundesweit nie umgesetzt worden. Auch in dem Fall des Abstimmungstools Liquid Feedback scheiterte die Partei an ihren inneren Widersprüchen. Den Technikbefürwortern wie Christopher Lauer, die moderne Werkzeuge für eine demokratische Beteiligung nutzen wollten, standen extreme Datenschutzverfechter wie der Kieler Landtagsabgeordnete Patrick Breyer gegenüber. Das Misstrauen gegen jede Art von elektronischer Überwachung und Datenspeicherung übertrug sich auf die eigene Partei. Auffallend bei den Piraten war zudem die Tatsache, dass sie viele



Bruno Kramm, Chef der Berliner Piraten, im Mai 2015 bei einer Protestaktion vor dem Kanzleramt

© picture-alliance/NurPhoto

politikferne Menschen angezogen hat. Die Aussage: „Ich wollte nie was mit Politik zu tun haben, bis ich die Piraten kennenlernte“, war häufig von Mitgliedern zu hören. Politikroutiniers, die schon in anderen Parteien Erfahrung gesammelt hatten, wurde eher mit Skepsis begegnet. Gerade auf Bundesparteitagen war bei vielen Teilnehmern häufig der Wille zu spüren, sich politischem Denken und Han-

deln komplett zu verweigern. Versammlungsleiter beklagten eine fehlende politische Bildung und aggressive Grundhaltung. Die Piraten erschienen somit von außen wie ein Fußballverein, bei dem jedes Mitglied nicht nur über die Mannschaftsaufstellung entscheidet, sondern sich auch noch selbst ins Spiel einwechseln kann, um dann möglichst viele Eigentore zu schießen. Selbst der im August 2014 ange-

kündigte erste bundesweite „Basisentscheid“ per Post konnte wegen der Klage eines Mitglieds nie gestartet werden. Nach Ansicht des Politologen Oskar Niedermayer sind die Piraten inzwischen aus den Köpfen der Leute verschwunden. „Zwar sind die inhaltlichen Streitereien nach der Niederlage des sogenannten progressiven Flügels auf dem Parteitag 2014 deutlich zurückgegangen. Nur: Das interessiert kaum mehr jemanden“, sagt Niedermayer. Die finanzielle Situation werde immer prekärer, so dass die Partei kaum mehr in der Lage sei, einen flächendeckenden Wahlkampf zu finanzieren. „Die Piraten haben immer noch kein strategisches Zentrum, das in der Lage wäre, inhaltliche Steilvorlagen wie den Beschluss zur Vorratsdatenspeicherung aufzugreifen und die Partei wieder ins Gespräch zu bringen“, sagt Niedermayer. Friedhelm Greis

Der Autor ist netzpolitischer Redakteur bei dem Internetportal golem.de.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper